



Teuer, aber sicher: Montreux am Genfer See

Foto AFP

# „Viele Deutsche zieht es in die Schweiz“

**Herr Kälin, mit Ihrem Unternehmen Henley & Partners vermitteln Sie Staatsbürgerschaften und Aufenthaltsbewilligungen. Sie waren gerade in Dubai, als der Krieg gegen Iran begann und Raketen einschlugen. Wie haben Sie das erlebt?**

Ich hätte nie gedacht, dass Dubai direkt angegriffen würde. Ich war dort mit meiner jüngeren Tochter. Als es losging, haben wir einen Fahrer organisiert, der uns nach Oman gebracht hat. Das dauerte die ganze Nacht, auch weil es nicht so leicht war, über die Grenze zu kommen. Von Maskat haben wir dann einen Flug nach Rom ergattert.

**Nach den Erhebungen Ihres Unternehmens hatten sich im vergangenen Jahr 9800 Millionäre in den Vereinigten Arabischen Emiraten angesiedelt. Nehmen die nun wieder Reißaus?**

Wir haben in Dubai jetzt sehr viel zu tun. Wer dort ist, fragt sich: Was mache ich jetzt? Die Ausgangslage hat sich verändert. Es gibt zwar keinen Massenexodus, aber die Vereinigten Arabischen Emirate waren Plan B. Jetzt braucht man einen Plan C. Die Leute wollen vorbereitet sein.

**Wohin zieht es die Leute jetzt?**

Das ist sehr unterschiedlich. Europäer neigen dazu, wieder zurück nach Europa zu gehen, allerdings nicht unbedingt in das Land, aus dem sie einst in den Nahen Osten gezogen sind. Briten gehen also eher nicht nach London zurück, sondern ziehen in die Schweiz oder nach Italien oder Monaco. Auch Griechenland ist populärer geworden. Asiaten tendieren eher in Richtung Singapur, Thailand und Malediven. Mauritius und die Seychellen sind ebenfalls als Rückzugsorte interessant. Frankophone Europäer gehen gern nach Mauritius, weil die Insel stark französisch geprägt ist.

**Und was machen die Deutschen, die Dubai und Abu Dhabi jetzt verlassen wollen?**

Viele Deutsche zieht es in die Schweiz. Dort ist es zwar teurer als in Abu Dhabi, aber unter den Aspekten der Sicherheit, politischen Stabilität und Lebensqualität ist das Land sehr attraktiv.

**Werden nun auch Vermögenswerte in großem Stil von den Emiraten in die Schweiz verschoben?**

Ja, Vermögenswerte werden verschoben, aber nicht nur in Richtung Schweiz, sondern auch in die USA sowie nach Singapur und Hongkong. Es geht darum, die Gelder geographisch möglichst breit zu diversifizieren.

**Sie schätzen, dass in diesem Jahr rund 165.000 Millionäre ihre Heimat verlassen. Was sind die wichtigsten Gründe für einen solchen Schritt?**

Mit Ausnahme von Großbritannien und Norwegen, die mit ihren Steuerreformen viele Reiche vergrault haben, sind es in der Regel nicht die Steuern, die Millionäre zum Wegzug bewegen. Wichtiger sind Aspekte wie persönliche Sicherheit, politische Stabilität und Lebensqualität. Seit Anfang des Jahres haben wir Anträge von Menschen aus 86 Ländern erhalten. Die geopolitische Unsicherheit nimmt zu, und Menschen wollen sich absichern. Auch in Europa.

Wohlhabende Familien und Unternehmer reagieren auf die wachsende geopolitische

Unsicherheit. Sie suchen sich einen Zufluchtsort in der Schweiz, der Karibik oder auf Mauritius. Christian Kälin hilft ihnen dabei.

**Welche Länder verlieren derzeit die meisten Millionäre?**

Russland, China und Indien. In Europa verlieren vor allem Großbritannien, Frankreich und Deutschland. Das sind nicht zufällig die Länder, in denen es im Moment politisch und wirtschaftlich ein bisschen in die falsche Richtung geht. Die Briten haben jetzt den siebten Premierminister in zehn Jahren. Da herrschen fast italienische Verhältnisse, wobei Italien mittlerweile in einigen Aspekten stabiler ist als diese drei Länder.

**Sie stellen fest, dass sich immer mehr Deutsche nach einem Standbein im Ausland umschauen. Woran liegt das?**

Zu unseren Klienten zählen vor allem wohlhabende Familien und Unternehmer. Sie monieren, dass sich die Lebensqualität vielerorts verschlechtert hat. Der Aufstieg der AfD und die generelle Polarisierung in der Politik lösen Unbehagen aus. Das ist so ähnlich wie in den USA unter Trump. Auch die

mögliche Reaktivierung der Wehrpflicht sehen einige unserer deutschen Kunden kritisch, gerade in Verbindung mit dem Krieg in der Ukraine, der sich in Europa ja noch ausweiten könnte. Wer Söhne hat, macht sich darüber so seine Gedanken. Früher wurden wir von den Deutschen belächelt, wenn wir einen Zweitwohnsitz in der Karibik vorschlugen. Heute schauen sich alle wohlhabenden Familien, die sich das leisten können, auch Standorte außerhalb Europas an. Das Interesse ist so groß, dass wir Anfang September in Zürich erstmals eine Konferenz zu dem Thema veranstalten: „The Safe Haven Forum“.

**Reiche Leute kaufen sich mit Ihrer Hilfe eine Villa und einen Pass in der Karibik, anstatt in ihrem Heimatland in der Krise mitanzupacken und Verantwortung zu übernehmen. So geht die Welt erst recht zugrunde, oder?**  
Die Frage nach der Verantwortung kann man immer stellen. Aber es sind nicht

nur reiche Menschen, die sich darüber Gedanken machen, Deutschland zu verlassen. Ich werte das als eine Art Frühindikator, der den Politikern zu denken geben sollte.

**Welche Rolle spielt der Klimawandel bei Umzugsentscheidungen?**

Die Leute denken schon darüber nach, wie widerstandsfähig ein Land gegenüber dem Klimawandel ist. Das spielt eine immer größere Rolle, ist aber selten der entscheidende Grund. Meist geht es um die Kombination aus Sicherheit, politischer und wirtschaftlicher Stabilität, Lebensqualität, Bildung, Gesundheitsversorgung und wirtschaftlichen Möglichkeiten. Man schafft sich Optionen, ohne seine Heimat grundsätzlich aufzugeben.

**Wie verhindern Sie, dass Ihre Dienste von Kriminellen, Geldwäschern oder Sanktionierten genutzt werden?**

Die Leute denken schon darüber nach, wie widerstandsfähig ein Land gegenüber dem Klimawandel ist. Das spielt eine immer größere Rolle, ist aber selten der entscheidende Grund. Meist geht es um die Kombination aus Sicherheit, politischer und wirtschaftlicher Stabilität, Lebensqualität, Bildung, Gesundheitsversorgung und wirtschaftlichen Möglichkeiten. Man schafft sich Optionen, ohne seine Heimat grundsätzlich aufzugeben.

**Würden Sie einen russischen Oligarchen heute noch als Klienten akzeptieren?**

Wir akzeptieren keine Klienten, die in Russland wohnen und nicht bereits eine Beziehung ins Ausland haben. Man sollte aber genau hinschauen. Aus einem Pass allein lässt sich nicht ablesen, wo jemand lebt, sein Unternehmen aufgebaut oder Steuern gezahlt hat. Jeder Fall wird einzeln und unter Einhaltung aller Sanktionen und regulatorischen Vorgaben geprüft. Ein reicher Russe also, der in Kanada lebt, könnte beispielsweise als Klient infrage kommen. Aber die Anforderungen sind sehr streng.

**Wie groß sind die Einnahmen, die Staaten durch „Golden Visa“-Programme erzielen?**

Solche Programme führen zu Investitionen in Milliardenhöhe. Allein zwischen 2011 und 2019 erzielten Aufenthalts- und Staatsbürgerschaftsprogramme in der EU laut dem Europäischen Parlament Einnahmen von mehr als 21,8 Milliarden Euro. Und das sind nur die direkten Einnahmen. Gute Programme ziehen mobiles Kapital, unternehmerisches Know-how und langfristige Investitionen an. Das schafft Arbeitsplätze, fördert das Wirtschaftswachstum und stiftet breiten gesellschaftlichen Nutzen.

**Sie haben selbst mehrere Pässe. Welches Land bezeichnen Sie als Ihre Heimat?**

Herkunft ist ja so eine Lotterie. Ich bin Schweizer und hab damit ziemlich Glück gehabt. Zusätzliche Staatsbürgerschaften und Aufenthaltsrechte geben mir aber etwas, das in der heutigen Welt immer wertvoller wird: Wahlmöglichkeiten und gesicherte Mobilität.

Die Fragen stellte **Johannes Ritter**.

## Nvidia und weitere Techkonzerne gründen KI-Sicherheitsallianz

Einige Branchengrößen machen jedoch nicht mit

SANTA CLARA. Der führende Hersteller von KI-Chips, Nvidia, und fast 40 weitere Technologieunternehmen haben eine KI-Sicherheitsallianz ins Leben gerufen. Dem Bündnis gehören unter anderem Microsoft, IBM, SAP, Dell, Palantir und SpaceXAI an. Auffällig ist dabei jedoch vor allem, wer in der neuen Allianz fehlt: Ausgerechnet die führenden Entwickler geschlossener KI-Modelle Google, Open AI und Anthropic sind nicht Teil der Initiative.

Die Gründung der „Open Secure AI Alliance“ (OSAA) erfolgt nur wenige Tage nach einer aufsehenerregenden Testpanne, die die Gefahren unkontrollierbarer KI-Agenten verdeutlicht hat. Mitte Juli hatten sich KI-Modelle von Open AI während eines internen Tests verselbständigt und eigenständig einen Hackerangriff auf die beliebte Entwicklerplattform Hugging Face ausgeführt. Open AI selbst bezeichnete den Vorfall im Nachhinein als „beispiellos“.

Das Brisante an dem Vorfall: Um den Angriff der außer Kontrolle geratenen Open-AI-Software zu analysieren und zu stoppen, musste Hugging Face auf das chinesische KI-Modell GLM 5.2 zurückgreifen. Die Plattform hatte zunächst versucht, den Hack mit geschlossenen KI-Modellen aus den USA abzuwehren. Diese Versuche misslangen jedoch, weil interne Sicherheitsmechanismen die notwendigen forensischen Anfragen blockierten. Die US-KI-Modelle konnten nicht zwischen Angreifern und Verteidigern unterscheiden.

Das neue Bündnis setzt zur Lösung dieses Problems nun auf offene Technologien. Konkret planen die Unternehmen die Entwicklung eines allge-

mein verfügbaren „Sicherheitsbaukastens“ für KI-Agenten. Dabei geht es um die Etablierung gemeinsamer Standards für besonders abgesicherte Testumgebungen („Sandboxes“).

Außerdem sollen neuartige Protokollstrukturen eingerichtet werden, mit denen sich die Handlungen von KI-Agenten exakt nachvollziehen lassen. Rechtlich bindende Verpflichtungen gehen die Partner der neuen Allianz durch ihren Beitritt allerdings nicht ein.

Neben der technischen Cyberabwehr hat die Allianz auch eine politische Dimension. Die Techunternehmen warnen die Politik ausdrücklich vor einer stärkeren staatlichen Regulierung offener KI-Modelle. Zuletzt hatte die US-Regierung Berichten zufolge pauschale Beschränkungen für leistungsfähige chinesische Modelle geprüft. Nvidia argumentiert in diesem Zusammenhang, dass pauschale Restriktionen für offene Systeme die kollektive Abwehrfähigkeit schwächen und die Macht sowie die Abhängigkeit auf wenige Anbieter geschlossener Systeme konzentrieren würden.

Hinter dieser Auseinandersetzung stehen auch handfeste wirtschaftliche Interessen, die das Fehlen von Google und Open AI erklären. Unternehmen wie Open AI, Google und Anthropic verdienen am exklusiven Zugang zu ihren geschlossenen Systemen; eine Einschränkung offener Alternativen könnte ihre Marktposition stärken. Nvidia hingegen verdient an der Hardware-Infrastruktur, auf der sämtliche Modelle trainiert und betrieben werden. Je vielfältiger und offener das KI-Ökosystem ist, desto höher ist dementsprechend die potentielle Nachfrage nach den Chips des Konzerns. *dpa*

## Was Bürokratieabbau bringt

Bundesbank: Kann Unternehmen deutlich entlasten

BERLIN. Ein Abbau der Bürokratie kann die Unternehmen in Deutschland der Bundesbank zufolge merklich entlasten. Im Durchschnitt erhöhten sich die Bürokratiekosten zwischen 2022 und 2024 von rund fünf auf ungefähr sieben Prozent des Jahresumsatzes, wie die Bundesbank am Dienstag in einer Analyse in ihrem Monatsbericht mitteilte. Dazu wurden rund 7000 Unternehmen im dritten Quartal 2025 befragt. „Ökonometrischen Schätzungen zufolge bremste der gestiegene Regulierungsaufwand die Produktivitätsentwicklung im Unternehmenssektor spürbar“, heißt es in der Analyse. Die Ergebnisse sprächen dafür, dass Bürokratie vor allem in kleineren Unternehmen einen Teil der Arbeitskapazität binde und dadurch umsatzwirksame Tätigkeiten verdränge.

In allen Branchen sind die Bürokratiekosten laut der Bundesbank deutlich gestiegen, besonders in der Finanzindustrie. Sie bleibt demnach der Sektor mit den höchsten Bürokratiekosten im Verhältnis zum Umsatz. Dies dürfte unter anderem mit den umfangreichen Berichtspflichten von Finanzunternehmen zusammenhängen, die in den vergangenen Jahren angepasst wurden. Im

verarbeitenden Gewerbe blieben die Bürokratiekosten im Verhältnis zum Umsatz zwar vergleichsweise gering. Allerdings erhöhte sich dort diese Quote in den vergangenen Jahren um mehr als die Hälfte. Damit fiel das Wachstum stärker aus als in den anderen Sektoren: „Da Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes besonders stark im internationalen Wettbewerb stehen, könnte dies die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft belastet haben“, konstatierten die Bundesbank-Volkswirte.

Insgesamt zeige sich, dass der Bürokratieabbau Unternehmen deutlich entlasten könnte, erklärte die Bundesbank: „Die Politik hat diesen Handlungsbedarf erkannt und ist mit den angestrebten Modernisierungsvorhaben auf dem richtigen Weg. Nun geht es darum, dass die Maßnahmen zügig und umfassend umgesetzt werden.“ Das Kabinett gab jüngst grünes Licht für Maßnahmen, um Bürger und Wirtschaft von Bürokratie um weitere 600 Millionen Euro zu entlasten. Seit November 2025 summieren sich die Entlastungen laut Digitalminister Karsten Wildberger auf 10,4 Milliarden Euro pro Jahr. *Reuters*

## Firmen bilden weniger aus

BERLIN. Angesichts der schwachen Konjunktur in Deutschland steigt die Zahl der Unternehmen, die ihr Angebot an Ausbildungsplätzen verringern. Zugleich fällt es Betrieben häufig schwer, die vorhandenen Lehrstellen mit passenden Bewerbern zu besetzen. Das sind wesentliche Ergebnisse der jüngsten DIHK-Ausbildungsumfrage, an der sich rund 14.000 Unternehmen beteiligten.

Demnach wollen 13 Prozent der Betriebe (2025: 15 Prozent) in diesem Jahr mehr Ausbildungsplätze als im Vorjahr anbieten, 29 Prozent weniger (2025: 26 Prozent) und 58 Prozent (2025: 59 Prozent) gleich viele, wie die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) mitteilte. Besonders angespannt sei die Lage bei Unternehmen mit negativen Geschäftserwartungen. Vier von zehn dieser Betriebe verkleinerten ihr Ausbildungsangebot.

Unter den bestehenden Vorzeichen bewertete DIHK-Hauptgeschäftsführerin Helena Melnikov die Zahlen als ein starkes Signal. „Es zeigt, dass Ausbildung für die Unternehmen auch in herausfordernden Zeiten höchste Priorität hat. Die Betriebe wissen, dass gut qualifizierte Fachkräfte entscheidend für ihren aktuellen und zukünftigen Erfolg sind.“ Etwa die Hälfte (49 Prozent) der befragten Betriebe konnte nicht alle Ausbildungsplätze besetzen. Dieser Anteil ist seit 2023 nahezu unverändert. Damit verharteten die Besetzungsprobleme auf Rekordniveau, hieß es beim DIHK. *dpa*

## Brasilien zieht vor die WTO

SÃO PAULO. Brasilien hat wegen der Zölle von US-Präsident Donald Trump die Welthandelsorganisation (WTO) angerufen. Die Regierung habe am Montag einen Antrag auf Konsultationen mit den USA im Rahmen des Streitbeilegungssystems der WTO gestellt, erklärte das Außenministerium in Brasília. Die Aufschläge des Handelspartners seien „unbegründet und inkompatibel“ mit den Regeln für den internationalen Handel.

Ein Ersuchen um Konsultationen mit einem anderen Land ist ein erster Schritt zur Einleitung eines WTO-Verfahrens. Ziel ist eine einvernehmliche Lösung des Streits. Brasilien hatte dies bereits 2025 unternommen, als die USA 50 Prozent Zoll auf brasilianische Waren wegen des Gerichtsverfahrens gegen Ex-Präsident Jair Bolsonaro verhängt hatten.

Die US-Aufschläge aus dem vergangenen Jahr wurden dennoch inzwischen weitgehend zurückgenommen. In der vergangenen Woche führte Washington dann erneut 25 Prozent Aufschlag auf viele brasilianische Produkte ein und begründete dies mit angeblich unfairen Handelspraktiken. Später folgten weitere 12,5 Prozent US-Zoll unter Verweis auf den Einsatz von Zwangsarbeit in Brasilien. Dort steht die Präsidentschaftswahl an. Amtsinhaber Luiz Inácio Lula da Silva prangert die US-Zölle als Wahlkampfeinschüchterung an. Sein Herausforderer bei der Wahl im Oktober ist der Sohn des Trump-Verbündeten Bolsonaro, Flávio Bolsonaro. *AFP*